



## BÜRGERBRIEF

AUSGABE Februar 2024

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,*

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße  
Dirk Stieger

Themen dieser Ausgabe

*Marco Bergholz*

[Der Friedwald in Brandenburg an der Havel soll kommen](#)

*Norbert Langerwisch*

[Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr in Brandenburg an der Havel erhöht](#)

*Niklas Stieger*

[Bezahlkarte für Asylbewerber einführen](#)

**JETZT AUCH  
AUF WHATSAPP!**





*Marco Bergholz: Der Friedwald in Brandenburg an der Havel soll kommen*

Was in Seelensdorf seit 2008 schon gelebte Tradition ist soll nun auch in Brandenburg an der Havel geprüft und umgesetzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat heute einstimmig für die Prüfung und Umsetzung eines Friedwaldes in der Stadt Brandenburg an der Havel gestimmt.

Jetzt gilt es seitens der Verwaltung zu prüfen, welches Konzept das Beste ist.

Hierfür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Auf der einen Seite kann sich die Verwaltung an bestehenden Konzepten wie der Friedwald GmbH oder dem Friedwald in Seelensdorf orientieren, oder ein eigenes Konzept entwickeln und der SVV bis zum Oktober 2024 vorlegen.

Hinweise aus der Verwaltung sehen mögliche Flächen für den Friedwald im Krugpark. Der vorhandene Baumbestand (Buchen) würde die besten Voraussetzungen für ein solches Vorhaben bieten.

Das Konzept des Friedwaldes ist dabei ziemlich simpel erklärt. Eine Waldfläche wird in einen sogenannten Friedwald umgewidmet. Der Wald bleibt hierbei Wald. Es erfolgt keine Umfriedung, Bebauung oder Parkanlage. Die Waldfläche wird für 99 Jahre zum Bestattungsort gewidmet. Das Betretungsrecht wird hierbei in keiner Weise eingeschränkt, somit bleiben alle Waldfunktionen erhalten. Die Asche der Verstorbenen wird in biologisch abbaubaren Urnen unter

den Bäumen beigesetzt. Und das Schöne ist, die Grabpflege übernimmt die Natur. Aus diesem Grund ist das Konzept für viele Menschen interessant, deren Angehörige nicht in der Region leben. An jedem Baum gibt es mehrere Urnengräber je nach den natürlichen örtlichen Gegebenheiten. Verkauft wird hierbei das Beisetzungsrecht für einzelne Plätze oder den ganzen Baum. Jeder Brandenburger kann sich also schon zu Lebzeiten seinen Lieblingsbaum aussuchen, an dem er später beerdigt werden möchte.

Wir als Freie Wähler begrüßen die Entscheidung der SVV und freuen uns, dass unsere Idee eine breite Mehrheit gefunden hat. Stellt doch die Bestattung in einem Friedwald eine neue, zeitgemäße und moderne Bestattungsform dar, die wir den Bürgern der Stadt Brandenburg an der Havel ermöglichen sollten.





***Norbert Langerwisch: Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr in Brandenburg an der Havel erhöht***

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 28.02.2024 einstimmig der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Kameraden der Freiwilligen Feuer in unserer Stadt zugestimmt.

Wir haben das verbunden mit einem Dank an den Fachbereich 37, Feuerwehr/ Rettungsdienst.

Norbert Langerwisch: „Feuerwehr / Rettungsdienst funktionieren in unserer Stadt sowohl bei der Berufsfeuerwehr als auch im Bereich der 9 Freiwilligen Ortsfeuerwehren sehr gut.

Dieser Bereich ist für die Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt unentbehrlich.“

Dass es derzeit in der Leitung des Fachbereiches 37 Probleme gibt, die durch Staatsanwaltschaft, Polizei

und auch verwaltungsintern untersucht werden ist bekannt.

Wenig hilfreich ist, dass seit Bekanntwerden dieser Vorgänge immer wieder Anfragen, insbesondere einer Fraktion der SVV kommen, die damit versuchen „nachzuweisen“, dass es Unzulänglichkeiten gibt, weil möglicherweise Beamte der Feuerwehr sich versucht haben Vorteile zu verschaffen.

Wir lehnen derartige Unterstellungen ab und erwarten, dass Staatsanwaltschaft, Polizei und die interne Untersuchungsgruppe der Verwaltung in Ruhe ihre Arbeit machen können.

Mit Sicherheit wird der Oberbürgermeister die SVV über das Ergebnis der Untersuchung informieren.



*Niklas Stieger: Bezahlkarte für Asylbewerber einführen*

In der Stadtverordnetenversammlung entbrannte erwartungsgemäß eine kurze Diskussion zum Antrag der Freien Wähler hinsichtlich der schnellstmöglichen Einführung einer Bezahlkarte.

Die Freien Wähler haben nochmal dargestellt, wie lange bereits über die Einführung der Bezahlkarte gesprochen wird. Noch Anfang diesen Jahres versprach die Finanzministerin des Landes Brandenburg, Frau Lange, dass das Land Brandenburg eine Vorreiterrolle bei der Einführung der Bezahlkarte einnehmen werde. Wie bereits zu erwarten war, ist von einer Vorreiterrolle nichts zu merken. Im Gegenteil: Neuerdings verkündet die Landesregierung die Bezahlkarte nicht mehr in dieser Wahlperiode (bis Ende September 2024) einführen zu wollen. Dies liegt wohl am massiven Widerstand der Grünen.

Diese erhebliche Verzögerung führt nun dazu, dass Landkreise selbst eine eigene Bezahlkarte ausstellen. So soll das bspw. im Landkreis Märkisch Oderland ab dem 1. April geschehen.

Wir halten eine Bezahlkarte, die nur im Gebiet eines Landkreises funktioniert, eigentlich nicht für zielführend. Je länger die Einführung der Bezahlkarte allerdings noch dauert, desto intensiver muss sich auch unsere Verwaltung mit der Einführung einer eigenen Bezahlkarte beschäftigen.

Zunächst wurde der Oberbürgermeister durch unseren Antrag jedoch dazu beauftragt, bei der Landesregierung die schnellstmögliche Einführung der Bezahlkarte einzufordern.

Wir werden auch an diesem Thema dranbleiben.